

Elisabeth Khan / Josef Freise

Die Aufgabe von Sprach – und Kulturmittlern bei der Integration von Migrantinnen und Migranten

Migration ist ein Phänomen, das Menschen aller Schichten umfasst; Menschen, die aus welchen Motiven auch immer „vorübergehend oder für immer ihren Wohnort wechseln.“ (Moch 2001, Seite 202). Migration hat es immer gegeben und es wird sie auch immer geben, da auch immer wieder Gründe für Wanderungen vorhanden sind. Migration ist also eine zu der heutigen Welt dazugehörige Erscheinung, und deswegen ist es wichtig, sich mit Migration und ihren Erscheinungen zu beschäftigen. Eines der wichtigsten Aufgaben ist es, die Menschen, die aus anderen Ländern zugewandert sind, zu integrieren. Der folgende Beitrag stellt die Bedeutung von Kultur- und Sprachmittlern bei der Integration von Migranten heraus. Zuvor werden Aspekte zu Migration, zu Integrationsmaßnahmen und speziell zur interkulturellen Bildung erläutert.

Migration verändert Einwanderer und Einwanderungsgesellschaft

Immer noch werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert und abgelehnt. Gleichzeitig schotten sich Migranten von den „Einheimischen“ ab, da sie Ablehnung fürchten oder an einer Annäherung desinteressiert sind.

Die so genannte Koloniebildung der Neuankömmlinge, die auch je nach Bewertung als „Enklave“ oder „Parallelgesellschaft“ bezeichnet wird wirkt wie eine Art Dekompressionskammer. Meistens lassen sich Migranten nicht sofort in der fremden Aufnahmegesellschaft nieder, sondern zunächst in einer Gemeinschaft ihresgleichen, in der sie vertraute Bräuche und ihre die eigene Sprache pflegen. Gerade in der Anfangsphase brauchen die Menschen Kontakt zu ihren Landsleuten, um nicht zu sehr in Angst zu verfallen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist wichtig und die zunächst stattfindende Niederlassung in den Ausländersiedlungen notwendig, denn dieser Prozess dient als eine Art „Dekompressionskammer“. Hier können die Einwanderer „den Druckausgleich“ üben zwischen ferner Heimat und naher Fremde.“ (Kucklick 2001, Seite 206).

Dies wird aber von der Aufnahmegesellschaft oft negativ bewertet. Meist legt man dies als eine bewusste Abkapselung aus. Hier sind jedoch beide Seiten gefragt. Denn je geringer der Anpassungsdruck von der Aufnahmegesellschaft und je höher die Anerkennung der Migranten ist, desto schneller können sich diese Enklaven auflösen.

Wenn jedoch gar kein Druck von außen vorhanden ist bzw. kein Interesse von Seiten der Aufnahmegesellschaft zur Integration der Zugewanderten besteht, bleiben diese meist in die jeweiligen Nationen unterteilten Räume bestehen. Von Seiten der Einwanderer wird dann kein Sinn für die Notwendigkeit der Integration entwickelt und es entsteht kein Bedürfnis sich anzupassen. Diese Entwicklung kann man an der ersten Generation der so genannten Arbeitsmigranten sehen. Als „Gastarbeiter“ sollten sie nur eine bestimmte Zeit in der Bundesrepublik verbringen und man sah weder von Seiten der Einwanderer, noch von Seiten der deutschen Gesellschaft eine Notwendigkeit für Integrationsmaßnahmen.

Doch das Bild hat sich verändert. Heute leben in Deutschland 7.228.000 Menschen ausländischer Herkunft (Stand 2004, Bundesamt für Statistik), wobei in dieser Zahl die schon Eingebürgerten nicht einbezogen sind. Jede Migration verändert sowohl das Zielgebiet als auch die Ausgangsräume; die Menschen ausländischer Herkunft haben Deutschland verändert und sowohl positive als auch negative Aspekte beim Zusammenleben verschiedener Kulturen werden deutlich. Auf der einen Seite muss die Aufnahmegesellschaft ihr Bild von einer kulturellen Homogenität aufgeben, die es im übrigen so nie gegeben hat. Auf der anderen Seite müssen Migranten ihre mitgebrachten Einstellungen, soweit sie im Gegensatz zu den hier geltenden Vorstellungen stehen, aufgeben bzw. relativieren. Das Bekenntnis zur deutschen Verfassung ist ein entscheidender Punkt, da das Recht eine zentrale, allgemeingültige Säule für das Zusammenleben darstellt. In den letzten Jahren kam die Integration von Migranten auf die politische Agenda. Seitdem gibt es unterschiedliche Projekte und Konzepte zur Integration. Das neue Zuwanderungsgesetz markiert einen Meilenstein in dieser Entwicklung.

Integrationsmaßnahmen und Interkulturelle Bildung

Am 1. Januar 2005 ist das Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten. Mit dem Zuwanderungsgesetz wird faktisch anerkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass Einwanderung gesteuert werden muss. Eine zentrale Veränderung der Gesetzeslage bezieht sich auf den Aspekt der Integration, der erstmals als Pflichtaufgabe des Staates definiert wird. Neue Zuwanderer haben in der Regel Anspruch auf Integrationskurse.

Ein Integrationskurs umfasst einen Sprachkurs mit Basis- und Aufbaukurs sowie einen Orientierungskurs, der Kenntnisse des Rechts, der Kultur und der Geschichte in Deutschland vermitteln soll. Für anspruchsberechtigte Neuzuwanderer, die nicht über hinreichende Deutschkenntnisse verfügen, besteht in der Regel eine Teilnahmeverpflichtung. Wird der Kurs erfolgreich abgeschlossen, besteht ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach bereits sieben statt acht Jahren (Art. 5 § 10 Abs. 3 Zuwanderungsgesetz).

In dem Orientierungskurs soll die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland thematisiert werden, zu der sich Neubürger bekennen müssen, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollen. Zu den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehören die Menschenrechte, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Religionsfreiheit, die Volkssouveränität, die Trennung der Staatsgewalten sowie die Nichtdiskriminierung von Minderheiten. Die Diskussion um islamistische Gruppen in Deutschland, die eine eigene Rechtsprechung (Sharia) für ihre Mitglieder fordern, hat die Sensibilität dafür geschärft, dass Neubürger verstärkt mit den demokratischen Regeln dieser Gesellschaft vertraut gemacht werden müssen und dass sie ihnen zustimmen müssen. Zu den deutschen und europäischen Leitbildern gehören auch die Ächtung der Todesstrafe und die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.

Auch in der einheimischen Bevölkerung gibt es keine hundertprozentige Zustimmung zu diesen Werten und politische Bildung zu solchen Themen bleibt eine Herausforderung für einheimische wie zugewanderte Bevölkerungsgruppen. Wenn aber - wie in Baden-Württemberg geschehen – ein Gesprächsleitfaden an die Einbürgerungsbehörden geschickt wird, mit dem Einbürgerungswillige speziell aus muslimischen Staaten nach ihrer Auffassung z. B. zur Homosexualität befragt werden, dann wird dies von den Betroffenen als Stigmatisierung erlebt. Die Erfahrungen mit vergleichbaren mündlichen „Gesinnungsprüfungen“ von Kriegsdienstverweigerern haben in der Vergangenheit außerdem gezeigt, dass solche „Zwangsgespräche“ oft auch von den sehr subjektiven Vorstellungen einzelner Behördenvertreter geprägt sind. Es ist durchaus angebracht, dass Zuwanderer bei einer Einbürgerungszeremonie ein feierliches Versprechen ablegen, die Werte der Verfassung zu achten und für sie einzutreten, und man könnte überlegen, bei welchen anderen Gelegenheiten Deutsche generell vergleichbare Versprechen ablegen.

Die jugendlichen Pfadfinder kennen solche Zeremonien, in denen sie zugleich ihre Gruppenidentität und ihr Engagement für die Gesellschaft zum Ausdruck bringen: „Als Pfadfinder/in begegne ich allen Menschen mit Respekt und habe alle Pfadfinder und Pfadfinderinnen als Geschwister, ...gehe ich zuversichtlich und mit wachen Augen durch die Welt, ...bin ich höflich und helfe da, wo es notwendig ist, ...mache ich nichts halb und gebe auch in Schwierigkeiten nicht auf, ...entwickle ich eine eigene Meinung und stehe für diese ein, ...sage ich, was ich denke, und tue, was ich sage, ...lebe ich einfach und umweltbewusst, ...stehe ich zu meiner Herkunft und zu meinem Glauben“ (Pfadfinderversprechen der DPSG 2005).

Ein weitere wichtige Entwicklung im Zusammenhang mit der Integration von Migranten sind die Überlegungen zum Themenkomplex der interkulturellen Bildung. Interkulturelle Bildung trägt der Tatsache Rechnung, dass unsere Gesellschaft durch Zuwanderer multiethnisch, multikulturell und multireligiös geprägt ist. Als generelles Ziel interkultureller Bildung kann die Integration von Einheimischen und Zuwanderern in die von Pluralität gekennzeichnete mehrkulturelle Gesellschaft angesehen werden. Interkulturelle Bildung setzt die Anerkennung von Andersheit voraus, impliziert das Engagement für Gleichheit gegen diskriminierende Strukturen und beinhaltet unter diesen Vorzeichen die Bemühung um gegenseitiges Verstehen und um Dialogfähigkeit (Auernheimer 2005, 126).

Interkulturelle Bildung zielt also gleichermaßen auf Einheimische wie auf Migranten. Aufgabe von interkultureller Bildung ist es, z. B. Fragen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, zur Religionsfreiheit und zu einer nichtdiskriminierenden Haltung gegenüber homosexuellen Menschen zu thematisieren. Dies kann auch in den Orientierungskursen geschehen, die im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes eingeführt wurden.

Die Entwicklung einer interkulturellen Kompetenz ist ein weiteres Ziel interkultureller Bildung. Der zentrale Moment für interkulturelle Kompetenz ist die Befähigung zum interkulturellen Dialog über kulturelle Differenzen. Man darf also die Unterschiede nicht übersehen und sollte diese zum Thema machen. Denn das oft eingesetzte Normalisierungsmuster fördert bzw. festigt eine monokulturelle Perspektive, monokulturelle Denkmuster und einen monokulturellen Wahrnehmungshorizont.

Es ist falsch, wenn interkulturelle Bildung als eine Maßnahme zur Assimilation an deutsche Verhaltensweisen verstanden wird, denn Integration sollte nicht als einseitige Anpassung aufgefasst werden, denn dann bleiben Herkunftskulturen und mitgebrachte Fähigkeiten und Kompetenzen der Migranten unsichtbar.

Sprache und Integration

Sprachkenntnisse stehen im Mittelpunkt aller Integrationsmaßnahmen. Man kann fast eine Gleichung zwischen Sprachkenntnis und Integrationserfolg aufstellen. Jedoch ist auch hier wichtig, auf diesen Aspekt einen interkulturellen Blick zu werfen.

Die Ergebnisse der PISA-Studien haben dafür sensibilisiert, dass die Sprachkompetenz für Kinder aus Zuwandererfamilien die entscheidende Hürde in ihrer Bildungskarriere darstellt. Dadurch, dass zunehmend Kinder mit Migrationshintergrund in Kindergärten und Schulen aufwachsen, in denen kaum noch einheimische Kinder mit der deutschen Muttersprache präsent sind, verstärkt sich das Problem unzureichender Deutschkenntnisse. Zunehmend wird im öffentlichen Raum die Aufforderung ausgesprochen, dass in Familien ausländischer Herkunft mehr Deutsch gesprochen werden soll. Diese Aufforderung widerspricht jedoch der Bedeutung der Muttersprache für die psychische und emotionale Entwicklung von Kindern und auch dem Prinzip der Sprachenfreiheit in der Privatsphäre.

Letztlich geht es darum, das gesellschaftliche Leitbild der Einsprachigkeit aufzugeben und sich darauf einzustellen, dass Mehrsprachigkeit in Deutschland nicht nur zunehmende Realität ist, sondern auch eine wünschenswerte Zielvorstellung darstellt. "Zum Problem wird Menschen ihre Mehrsprachigkeit durch eine einsprachige Umgebung gemacht: Eine Gesellschaft, die auf das Funktionieren in nur einer Sprache fixiert ist, und eine öffentliche Meinung, die durch die Sichtweise von Personen geprägt ist, die *einsprachig* aufgewachsen sind" (Stölting 2005, 235). Die lebensweltliche Mehrsprachigkeit von Migranten passt nicht in die normierte schulische Sprachenordnung. Stattdessen sollte die lebensweltliche Mehrsprachigkeit der Zugewanderten nicht als dysfunktional und defizitär gesehen, sondern als allgemeines Vorbild für das Leben in einer international vernetzten, globalisierten Gesellschaft wahrgenommen werden.

Das setzt jedoch voraus, dass beide Sprachen – Muttersprache und Landessprache im Einwanderungsland – gefördert werden. Die europäische Zielperspektive hebt darauf ab, dass für alle jungen Europäer das Leitbild der Mehrsprachigkeit gelten sollte: Zusätzlich zur Muttersprache sollte jeder zwei weitere Sprachen lernen: Englisch als Lingua franca und eine weitere Fremdsprache eines EU – Mitgliedslandes (Stölting 2005, 245 f.). Diese Zielperspektive sollte erweitert werden und auch die Migrantensprachen (russisch, türkisch, serbokroatisch usw.) umfassen. Sprachwissenschaftler und Sprachdidaktiker weisen auf die enormen sprachlichen Lernfähigkeiten schon im frühen Kindesalter hin. Bei neu zugewanderten Jugendlichen und Erwachsenen sollte die Sprachförderung mit anderen interkulturellen Bildungs- und Begegnungsangeboten gekoppelt werden. In einer Befragung neu zugewanderter Jugendlicher wurde deutlich, dass diese gerne Deutsch im Kontakt mit gleichaltrigen einheimischen Jugendlichen lernen möchten. "Dies ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass gerade in der Lebensphase Adoleszenz die Bedeutung der Peers zunimmt. Die pädagogische Konsequenz, die als Ergebnis der Befragung abgeleitet werden kann, ist eine Verknüpfung beider Interessen: Freundschaftsbildung und Spracherwerb. Ein Angebot zur Sprachförderung, das die Freizeitgestaltung ebenso berücksichtigt, bietet ausreichend Möglichkeiten alltäglicher Kommunikation" (Diebold 2005, 56).

Für Jugendliche und Erwachsene, die bereits durch ihre Schulbildung ein Grundverständnis für Sprachstruktur und Grammatik von Fremdsprachen haben, bieten sich Tandem-Kurse an: Eine/r bringt dem / der anderen die Muttersprache bei. Bildungsinstitutionen können durch die Organisation eines Marktes der Möglichkeiten solche Tandem-Kurse initiieren.

Das Projekt der Sprach- und Kulturmittler

Der Zugang zu und eine adäquate Beratung von Migrant/inn/en und ihren Familien in Einrichtungen des Sozial - und Gesundheitswesens ist durch kulturelle und sprachliche Verständigungsprobleme erschwert. In vielen Situationen spielen Verständnis und Rücksichtnahme eine wichtige Rolle. Gerade im Sozial- und Gesundheitswesen ist es wichtig, den Klienten mit Respekt und Einfühlungsvermögen zu begegnen.

Mangelnde Sprachkenntnisse können jedoch dazu führen, dass solche Begegnungen eher von Misstrauen und wortwörtlich von Unverständnis geprägt sind. Für den Einsatz von Sprach - und Kulturmittler/inne/n im Sozial - und Gesundheitswesen bestehen bis auf wenige Ausnahmen keinerlei rechtliche Regelungen, keine spezifischen Ausbildungsgänge, keine Qualitätsstandards und keine Finanzierungsmöglichkeiten. In Skandinavien und z.B. den Niederlanden gibt es zentrale Dolmetscherdienste, die staatlich finanziert werden und damit öffentliche Aufträge wahrnehmen, wie Schulungen, Abruf und Finanzierung von Mittler/inne/n. Sie nehmen damit öffentliche Aufgaben im Gemeindefürsorge zum Nutzen der Kommune wahr. Ein vergleichbares Modell gibt es bislang in Deutschland noch nicht. Der Mangel an geschulten und finanzierten Dolmetscher/inne/n führt dazu, dass entweder eine Verständigung und damit ausreichende Versorgung von Migrant/inn/en mangels Mittlern gar nicht möglich ist oder unqualifizierte Dolmetscher/innen eingesetzt werden, wie z.B. Angehörige, Kinder und Jugendliche der ratsuchenden Migrant/inn/en oder fachfremde muttersprachliche Angestellte in den Einrichtungen. Dies führt zu vielfältigen Folgeproblemen, die eine adäquate Beratung und Behandlung der Migrant/inn/en erschweren und im Sozial- und Gesundheitswesen unnötige Mehrkosten verursachen. Eine stichprobenartige Bedarfserhebung im Vorfeld des Projektantrages ergab, dass die befragten Einrichtungen die Einschätzung dieser Versorgungslücke teilen.

Für die Stadt Köln beispielsweise gibt es bislang keinen übergreifenden Sprach- und Kulturmittler/innen – Pool von für den Einsatz im Sozial- und Gesundheitswesen geschulten Mittler/inne/n, auf die die Einrichtungen bei Bedarf zurückgreifen könnten. In den vergangenen Jahren gab es mehrere Projekte mit dem Fokus auf Sprach- und Kulturmittler. Der Caritasverband für den Landkreis Peine e.V. führt seit 2003 das Projekt „Quantara“ durch, bei dem Migrantinnen und Migranten qualifiziert werden, in den Bereichen Kindergarten, Schule und Jugendhilfe als Mittler tätig zu sein. Auch in Bergheim wurde im Herbst 2005 ein Projekt gestartet, in dem Migranten zu Sprach- und Kulturmittlern qualifiziert werden. In Wuppertal gibt es das Projekt „TransSpuk“. Die Zielgruppe hier sind Flüchtlinge, die an einer Ausbildung zum/zur Sprach- und Kulturmittler/in teilnehmen und nach erfolgreichem Abschluss im Sozial- und Gesundheitswesen tätig werden können.

In Kassel und Wuppertal gibt es Sprach- und Kulturmittlerpools, in denen Studentinnen und Studenten ihre Sprachkenntnisse zu Verfügung stellen, um in den verschiedensten Situationen zwischen Sprache und Kultur zu vermitteln.

Allen Projekten liegt die Idee zu Grunde, die Fähigkeiten und Kompetenzen von Migranten zu erkennen, zu fördern und sie somit als handelnde Subjekte in die Integrationsprozesse mit einzubeziehen.

Am Projekt der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln (KFH NW) wird exemplarisch die Idee des Sprach- und Kulturmittlers im Folgenden dargestellt.

Ausländische Studierende des Fachbereichs Sozialwesens an der Kölner Abteilung der KFH NW werden in Qualifizierungsveranstaltungen dazu befähigt, die erforderliche sprachliche und kulturelle Übersetzungsarbeit bei verschiedenen Problemlagen von Kindern, von jugendlichen und erwachsenen Migrant/inn/en in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens zu leisten. Dazu soll ein Pool von entsprechend qualifizierten Sprach- und Kulturmittler/inne/n aufgebaut werden.

Neben der erforderlichen Sprachkompetenz in Deutsch und den verschiedenen Herkunftssprachen der Migrant/inn/en wie z.B. Albanisch, Serbokroatisch, Russisch, Türkisch und Spanisch bringen die ausländischen Studierenden aufgrund ihres sozialpädagogischen bzw. sozialarbeiterischen Studiums die für den Einsatz in diesem Bereich erforderliche Sozial- und Beratungskompetenz sowie kulturelles Wissen mit.

Der Einsatz als Sprach- und Kulturmittler/in erfordert aber darüber hinaus noch weitere Kompetenzen, die in den Qualifizierungsveranstaltungen vermittelt werden sollen.

Ein entscheidender Punkt ist der Beitrag des Sprach- und Kulturmittlers zu einer würdevollen Kommunikation. Folgende Thesen wurden bei der ersten Qualifizierungsveranstaltung herausgearbeitet:

- Der/die Dolmetscher/in ist zwar wegen der Sprachkenntnisse die „mächtigere“ Person. Der Migrant, für den übersetzt wird, ist aber die wichtigere Person und sie soll im Vordergrund stehen.
- Man sollte den Namen der Person; für die übersetzt wird, immer nennen, denn damit verringert man die Hierarchie zwischen den Beteiligten.
- Der Sprach – und Kulturmittler nimmt eine Mittler – Funktion in einer Kommunikationssituation ein.
- Wichtig ist, dass man mit dem Ansatz arbeitet: „Ich mache alles mit dem/der andere/n“ und nicht: „Ich mache alles für den / die andere/n“.

Dieses Projekt orientiert sich an den Fähigkeiten und Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten. Der Ansatz einer solchen ressourcenorientierten interkulturellen Bildungsarbeit wird mit dem Begriff des "Empowerment" umschrieben: Empowerment bedeutet Befähigung und Ermächtigung und das Konzept des Empowerment geht davon aus, dass Menschen Kompetenzen, Fähigkeiten und Stärken besitzen, die es ihnen ermöglichen, auch in hoch belastenden Lebenssituationen konstruktive Kräfte zu entwickeln. Menschen gewinnen so Vertrauen in das eigene Vermögen zur Lebensgestaltung und bekommen eine positive Rückmeldung und erfahren Wertschätzung (Herriger 2000).

Die Bedeutung der Migrantenselbstorganisationen für bürgerschaftliches Engagement

Das Projekt der Sprach- und Kulturmittler ist auch ein Beispiel für die Möglichkeit, Migranten in Integrationsmaßnahmen einzubeziehen. Hier treten Migranten nicht in der Rolle der Hilfesuchenden auf, sondern als aktive Bürger mit einem wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft. Alle Teilnehmer des Projekts haben Migrationserfahrung und beherrschen sowohl ihre jeweilige Muttersprache als auch die deutsche Sprache.

Sie halten die Balance zwischen der Herkunfts- und der Aufnahmekultur und haben sozusagen eine Symbiose zwischen beiden entwickelt – eine bikulturelle Identität. Diese ermöglicht ihnen, sich in beiden Kulturen zu bewegen, ohne Unsicherheiten oder das Gefühl, nicht zu dieser oder jener zu gehören. Durch diese Erfahrung und Entwicklung können sie andere Migranten unterstützen, da sie sich gut in deren Lage versetzen können. Deswegen ist die Stärkung von Migrantenorganisationen sehr wichtig. Sie haben den besten Zugang zu den jeweiligen nationalen Gruppen und können deren Probleme besser einschätzen. Die wichtigste Aufgabe für die Zukunft liegt in der Schaffung von Netzwerken und damit einer konstruktiven Kooperation zwischen Wohlfahrtsverbänden, Initiativ- und Lobbygruppen sowie Migrantenselbstorganisationen. Die gegenseitigen, auf Stereotypen beruhenden Vorurteile („Wohlfahrtsverbände arbeiten paternalistisch“; „Initiativgruppen sind nicht professionell“; „Migrantenvereine fördern abgeschottete Parallelgesellschaften“) können durch Kooperation – auch bei möglicherweise bestehender Konkurrenzsituation - abgebaut werden.

Der Frankfurter Migrationsforscher und Sozialarbeitswissenschaftler Stefan Gaitanides sieht die gegen Migrantenvereine bestehenden Vorbehalte als widerlegt an: Migrantenselbstorganisationen fördern in großer Mehrzahl sowohl die Weitergabe der eigenen Kultur als auch die Integration im Einwanderungsland. „Sie bieten eine Chance zu Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung. [...] Sie fördern präventive Daseinsvorsorge und die Vermittlung an die Sozialen Dienste und Versorgungseinrichtungen“ (Gaitanides 2003, 25).

Die Errichtung einer landesgeförderten Fachberatung MigrantInnenselbsthilfe im Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW im Juli 2000 zeigt auf, dass sich der Blickwinkel auf Migrantenselbstorganisationen auch auf politischer Ebene ins Positive verändert hat. Carmen Teixeira schätzt Migrantenselbstorganisationen und sieht ein großes Potenzial für die Integrationsarbeit in ihrem Engagement. „Sie tragen [...] zur politischen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten bei und bilden eine Brücke zu Institutionen der so genannten Mehrheitsgesellschaft. Sie erfüllen somit wichtige Integrationsaufgaben in unserer Gesellschaft und ermöglichen Zugewanderten eine eigenständige Vertretung ihrer Interessen.“ (Teixeira 2004, S. 8)

Eine weitere Überlegung wäre, dass auch die verschiedenen Religionsgemeinschaften gesellschaftliche Aufgaben übernehmen. In Deutschland übernehmen die Katholische und die Evangelische Kirche als Körperschaften öffentlichen Rechts, gesellschaftlich notwendige Aufgabe wie z.B. die Kinderbetreuung in Kindergärten. Es wäre ein Fortschritt, wenn auch jüdische und moslemische Gemeinden Förderung und Unterstützung vom Staat erhielte und dafür gesellschaftliche Aufgaben übernähmen. Somit würden sie zu wichtigen Pfeilern und Ansprechpartner in dieser Gesellschaft werden. Dabei müssten sie in ihrer Arbeit natürlich die Ziele der Verfassung verwirklichen und sich an das geltende Recht des Staates halten.

Indem man diese religiösen Gruppen und Gemeinden fest in die Gesellschaft einbezieht, übernehmen diese auch Verantwortung und tragen zum friedlichen Zusammenleben bei.

Die Ausschreitungen in Frankreich haben gezeigt, dass Imamen in den Stadtquartieren Respekt gezollt wird, wo politische Amtsträger keinen Zugang haben. Religionsgemeinschaften und die dazu gehörigen Gemeindeaktivitäten können wichtige Orientierungspunkte bei der Identitätsentwicklung Jugendlicher sein und sie können Erwachsene bei der Bewältigung von Krisen und Problemen unterstützen. Religion spielt im Leben vieler Menschen eine wichtige Rolle. Deswegen sollte interkulturelle Bildung den interreligiösen Dialog einbeziehen.

Fazit

Die Integration wird auch weiterhin ein wichtiges Thema in unserer Gesellschaft sein. Nach neuesten Schätzungen der Vereinten Nationen bräuchte Deutschland jährlich eine Zuwanderungsquote von 3,5 Millionen Menschen, um die Auswirkungen, die durch den demographischen Wandel entstehen, aufzufangen (Reiner Klingholz 2004, S. 94.) Ohne eine weitere Zuwanderung werden in Deutschland um das Jahr 2050 ca. 51 Millionen Menschen leben. In ein Land, das kein Wachstum der Bevölkerung hat und wo die Bevölkerung altert, investiert man nicht. Der demographische Wandel wird auch problematische ökonomische Folgen mit sich bringen.

In der globalisierten Welt erhalten die Begriffe „Heimat“ und „Nation“ eine ganz andere Bedeutung und Wertigkeit. Schon heute arbeiten Menschen aus den verschiedensten Nationen in aller Welt. Unternehmen fordern Auslandserfahrungen und rekrutieren Nachwuchs aus den verschiedensten Hochschulen der Welt.

Sprachkenntnisse werden zu einem unabdingbaren Wert und die Fähigkeit mit verschiedenen Kulturen umzugehen wird zu einer immer bedeutend werdender Kompetenz.

Weiterhin erfordert der europäische Einigungsprozess Verständnis und Respekt für fremdkulturelle Muster. Ein wichtiger und notwendiger Prozess bei der Integration ist zunächst einmal die Anerkennung und die Gleichberechtigung der einzelnen Kulturen. Denn aus Migranten, die sich zunächst fremd vorkommen, können selbstständige Bürger werden, wenn sie sowohl gefördert als auch gefordert werden. Je mehr es ihnen gelingt, sich zu integrieren, desto stärker können sie selbst einen Beitrag für die Gesellschaft leisten, in die sie eingewandert sind. Die Aufnahmegesellschaften sind gefordert, sich mit verschiedenen Kulturen auseinanderzusetzen und sich für die Vielfalt der unterschiedlichen Nationen und Kulturen zu öffnen.

Literaturverzeichnis

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 2000: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht. Berlin.

Diebold, Karin 2004: Neuzugewanderte Jugendliche – Migrationshintergründe und Hilfen zur Integration, in: Feld, Katja/ Freise, Josef/ Müller, Annette (Hrsg.): Mehrkulturelle Identität im Jugendalter, Münster, S. 32 – 62.

Freise, Josef 2005: Interkulturelle Soziale Arbeit. Theoretische Grundlagen – Handlungsansätze – Übungen zum Erwerb interkultureller Kompetenz. Schwalbach/Ts.

Gaitanides, Stefan 2003: Selbsthilfepotenzial von Familien ausländischer Herkunft, freiwilliges Engagement und Selbstorganisation von Migranten – Struktur, Funktion,

Förder- und Anerkennungsdefizite, in: iza Zeitschrift für migration und soziale arbeit
Heft 2, S. 21-29

Herriger, Norbert 2000: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Stuttgart/Berlin/Köln

Klingholz, Reiner 2004: „Aufbruch in ein anderes Land“ in: GEO Nr. 5, 5.05.2004.

Kucklick, Christoph 2001: „Migration“ in: GEO Nr. 10 „Migration“, 10.10.2001, Seite
184 – 212.

Moch, Leslie Page 2001: „Migration“ in: Geo Nr. 10, Oktober 2001, Seite 184 – 212.

Stölting, Wilfried 2005: Erziehung zur Mehrsprachigkeit und zweisprachige
Erziehung. In: Leiprecht, Rudolf / Kerber, Anne (Hrsg.): Schule in der
Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts., S. 235-251

Pfadfinderversprechen der DPSG : <http://www.dpsg.de/dpsg/gesetz.html>, 13.1.2006

Teixeira, Carmen 2004: Vorwort, in: Sedat Cakir und Sabine Jungk, Sternstunden.
Management-Handbuch für Zuwanderer-Vereine, Klartext Verlag, Essen, S. 8.